

Verleihung der Integrationsmedaille

Alljährlich verleiht die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer, die Integrationsmedaille. Etwa zehn Bürgerinnen und Bürger, die sich persönlich für die Integration anderer engagieren, werden für ihre Verdienste ausgezeichnet. Amal Samhat wirkt seit 2007 an zentraler Stelle an dem Projekt „Stark ohne Gewalt“ in Spandau mit. Zudem engagiert sie sich seit 2009 in ihrem Wohnumfeld im Quartiersmanagement sowie im Mädchenladen ihres Kiezes und ist zudem aktives Mitglied im Neustadt e.V. Alle Fraktionen im Deutschen Bundestag haben die Möglichkeit Vorschläge zu unterbreiten. Ich hatte Amal Samhat vorgeschlagen und ich freue mich, dass ich sowohl meine Fraktion als auch die Bundesregierung überzeugen konnte: Am 30. November wird Amal Samhat mit der Integrationsmedaille ausgezeichnet. Zugleich ist diese Auszeichnung aber auch eine Anerkennung der Arbeit der Projekte und Vereine wie „Stark ohne Gewalt“, der Mädchenladen sowie Neustadt e.V. Und ein Zeichen, dass Engagement etwas bewegen kann - in der Neustadt ebenso wie anderenorts. Meine herzlichen Glückwünsche daher an Amal Samhat und an alle anderen Mitwirkenden!

Nachrichten aus dem Spandauer JobCenter

In meinen Bürgersprechstunden häufen sich immer wieder Anliegen, die das Spandauer JobCenter betreffen, weshalb ich regelmäßig das Gespräch mit der Leitung suche, um die an mich herangetragenen Probleme direkt zu klären und mich zudem zu erkundigen, wie das JobCenter die Lage bewertet.

Die gute Konjunktur machte sich in den vergangenen Monaten auch in Spandau bemerkbar. Es konnten mehr Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Zugleich sank aber auch wegen der Einsparungen der Bundesregierung bei den Mitteln für die Arbeitsmarktmaßnahmen das Global-Budget für das JobCenter. Im Jahr 2010, dem letzten von der SPD mit verantworteten Haushalt, stand dem JobCenter noch ein Budget von rund 78 Mio. Euro zur Verfügung. 2011 waren es nur noch 65 Mio. Euro und für 2012 werden es nur knapp 59 Mio. Euro sein. Das ist ein Sparen am falschen Ende. Natürlich hilft eine gute Konjunktur Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Es bedarf aber vor allem bei all jenen, die schon länger dem Arbeitsmarkt entfremdet sind, einen besonderen Aufwand sie wieder für das Arbeitsleben fit zu machen. Die Kürzungspolitik von Schwarz-Gelb wirkt sich also auch an dieser Stelle bei uns vor Ort aus.

Termine



Montag, den 12. Dezember 2011, 19.30 Uhr „Hochschulpakt Plus“,
Fachausschuss Stadt des Wissens mit Swen Schulz, Abgeordnetenhaus Berlin

Dienstag, den 14. Dezember 2011, 19.00 Uhr „Rechts-Terrorismus - Was können wir dagegen tun?“,
Diskussionsrunde mit Dr. Dieter Wiefelspütz, Thomas Kleineidam, Swen Schulz sowie mit Unterstützung des "Runden Tisches für Demokratie und Toleranz gegen Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt". Ort: N.N. nähere Infos unter Tel.: 227 70 187.

Sonnabend, den 14. Januar 2012, 11.00-12.00 Uhr „Demografischer Wandel“,
Kümmertour auf dem Markt Spandau.

Dienstag, den 24. Januar 2012, 19.30 Uhr „Demografischer Wandel“,
Fraktion vor Ort mit Franz Müntefering, Ort: N.N.: Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Dienstag, den 28. Februar 2012, 19.00 Uhr „Integration“,
Dialog Zukunft mit Aydan Özuguz, Ort: N.N.: Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Dienstag, den 20. März 2012, 19.00 Uhr „Wie wollen wir in Zukunft pflegen?“,
Fraktion vor Ort mit Karl Lauterbach. Ort: N.N.: Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

BÜRGERSPRECHSTUNDEN:

Montag, den 19. Dezember 2011, 15.00-18.00 Uhr,
Montag, den 09. Januar 2012, 15.00-18.00 Uhr,
Donnerstag, den 23. Februar 2012, 15.00-18.00 Uhr

Bürgerbüro Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Um Anmeldung unter Tel.: 367 570 90 wird gebeten.

SCHULZ REPORT

Informationen über die parlamentarische Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten

„Gang nach Karlsruhe“

Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Peter Danckert habe ich mich zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen: Wir haben beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen ein Gesetz eingereicht. Konkret geht es darum, wie der Deutsche Bundestag und die einzelnen Abgeordneten bei Entscheidungen über Milliardenhilfen für andere Staaten einbezogen werden. Wir wenden uns gegen das neue "9er-Gremium", in dem, wie der Name schon sagt, lediglich neun Abgeordnete geheim abstimmen sollen.

Weder die 620 Abgeordneten noch die immerhin 41 Mitglieder des Haushaltsausschusses, sondern nur neun – handverlesene – Abgeordnete, also im Streitfall nur fünf Menschen sollen das Volk repräsentieren? Ich halte dies für unmöglich!

Das Gericht hat nach Einreichung unserer Klage zunächst eine einstweilige Anordnung getroffen und das "9er-Gremium" – bis zur Entscheidung in der Hauptsache – unterbunden. Das ist schon einmal ein erster Erfolg für unsere Sache. Noch in diesem Jahr soll die endgültige Entscheidung getroffen werden.

Warum ist mir das so wichtig? Weil der Parlamentarismus und die Demokratie verteidigt werden müssen. Wir brauchen Europa. Jedoch ein Europa mit mehr Demokratie, nicht mit weniger. Manche haben mir vorgeworfen, dass ich die Euro-Rettung erschweren würde. Andere haben mir dazu gratuliert. Wie auch immer man zu der Sache an sich steht: Das Parlament darf nicht nur reibungslos die Vorschläge der Regierung abnicken. Sollte es nötig sein, kann jederzeit der gesamte Bundestag, hilfsweise auch der Haushaltsausschuss, schnell entscheiden. Und wenn Abgeordnete Bedenken haben, müssen die eben erörtert werden. Gerade weil die Entscheidungen so schwer und so schwerwiegend

sind, müssen sie – trotz aller vielleicht gebotener Eile – ordentlich diskutiert und von vielen Schultern getragen werden. Parlamentarismus und Demokratie dürfen nicht



mal eben außer Kraft gesetzt werden, nur weil uns dies Finanzmärkte zu diktieren scheinen. Es ist kein Notstandsregime nötig. Soweit sind wir nicht - und wir dürfen es uns auch nicht von den Banken und Regierungen einreden lassen.





Liebe Genossinnen und Genossen,

die Regierungskoalition wird immer verzweifelter. Die Steuersenkungsbeschlüsse der Parteispitzen sind ebenso wie die Verabredungen zum Betreuungsgeld und zur Pflegereform massivem öffentlichem Druck ausgesetzt. Allem Anschein nach, das hat auch der CDU-Parteitag gezeigt, ist Angela Merkel der letzte Anker für das Regierungsbündnis. Ihr gelingt es insbesondere durch ihr internationales Auftreten in Sachen Schuldenkrise die öffentliche Zustimmung zur Union stabil zu halten.

Wir befinden uns dabei in einer schwierigen Situation. Auf der einen Seite gibt es die starke, auch etwa von den Gewerkschaftspitzen geteilte Forderung nach Unterstützung des Rettungsschirmes. Auf der anderen Seite wollen wir mehr. Wir können ohne starke Regulierung des Finanzsektors, ohne Finanztransaktionssteuer, ohne Konjunkturlösungen für die Krisenstaaten kein Problem lösen. Ohne Frage müssen wir da noch besser erkennbar werden.

Jenseits dieser Fragen erschüttern uns die Nazi-Morde. Der Bundestag hat in einem Beschluss aller Fraktionen Trauer formuliert sowie Aufklärung und Konsequenzen gefordert. Doch aus der Bundestagsdebatte ist leider zu schließen, dass mindestens bei den Konsequenzen Uneinigkeit herrscht. Für mich ist klar: Die Gängelungen von Initiativen gegen Rechts müssen zurückgenommen, die rechte Gefahr von den Behörden klarer bekämpft, die Zusammenarbeit mit V-Leute in der NPD beendet und ein neues Verbotverfahren angestrengt werden. Wir werden sehen, was die weitere Debatte bringt.

Wie Ihr wisst, stehe ich zu dieser wie auch zu anderen Fragen gerne zum Gespräch zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen

SWEN SCHULZ

Swen Schulz, MdB

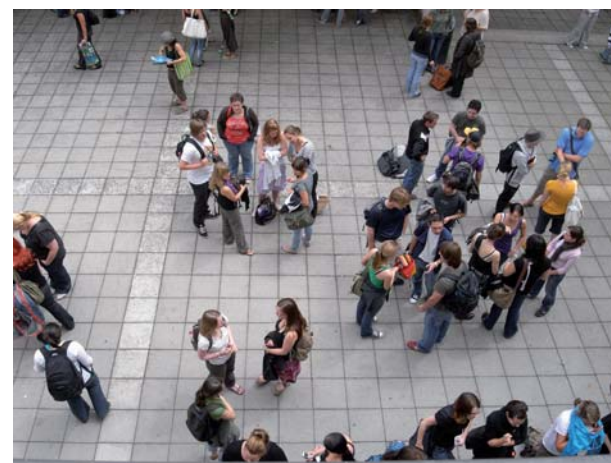
Für einen "Hochschulpakt Plus"

Zu Semesterbeginn ist sehr deutlich geworden, dass die Hochschulen zu wenig Plätze für die Studieninteressierten bieten. Das ist für die Betroffenen schlecht, das ist angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels volkswirtschaftlich schädlich und das führt zu sogenannten „Verdrängungseffekten“: Leute, die keinen Studienplatz bekommen, nehmen anderen, die nicht studieren wollen, Ausbildungsplätze weg.

Zwar haben wir von der SPD noch in der Großen Koalition maßgeblich für den Hochschulpakt gesorgt, ohne den jetzt blankes Chaos ausgebrochen wäre. Doch die Nachfrage nach Studienplätzen steigt immer weiter an – auch durch doppelte Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht.

Ich habe darum das Konzept für einen „Hochschulpakt Plus“ erstellt. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Bundestagsfraktion nun in den Bundestag eingebracht. Der Hochschulpakt soll nicht nur ausgeweitet werden, sondern auch strukturelle Mängel beheben. So wird zwar die Aufnahme von Studierenden durch den Hochschulpakt finanziert, aber nicht das Studium – und schon gar nicht ein erfolgreiches Studium. Auch droht ein zunehmender Mangel an Master-Studienplätzen. Mein Konzept sieht darum einen „Abschluss-Bonus“ als Anreiz und Unterstützung für gute Lehre vor. Und zur Förderung des Ausbaus von Master-Studienplätzen will ich ein Sonderprogramm einrichten. Die Finanzierung dessen kann gut über die Verwirklichung des von der SPD vorgestellten Paktes für Bildung und Entschuldung gewährleistet werden. Der sieht alleine vom Bund zehn Milliarden Euro zusätzliche Bildungsinvestitionen jährlich vor. Dafür müssen dann aber auch Steuern erhoben werden – von denen, die es sich leisten können: also jenen mit hohen Einkommen, großen Vermögen und Erbschaften. Und die vollkommen irrsinnigen Steuervergünstigungen von CDU/CSU und FDP, wie die Senkung der Hotel-Mehrwertsteuer, müssen natürlich zurückgenommen werden.

Steuererhöhungen für bessere Bildung: Das ist mutig und ein guter, klarer Weg!



Wahnsinn Betreuungsgeld



Die Koalition macht offenbar Ernst: Gegen heftigste Widerstände, auch aus den eigenen Reihen, haben Merkel, Seehofer und Rösler beschlossen, das Betreuungsgeld einführen zu wollen. Dabei liegt vollkommen klar auf der Hand, dass die Auszahlung einer Prämie dafür, ein Kind nicht in eine Kita bzw. Krippe zu geben, vollkommener Wahnsinn ist!

Es geht bei der Kritik nicht darum, dass allen Eltern abgesprochen wird, sich gut um ihre Kinder kümmern zu können. Doch es liegt auf der Hand, dass viele Kinder nicht die optimale Förderung erhalten werden, wenn die Eltern Geld für den Nicht-Besuch von Krippe oder Kita erhalten. Statt zwei Milliarden für Betreuungsgeld auszugeben, sollte das Angebot der Krippen und Kitas ausgebaut und verbessert werden – erst dann haben die Eltern wirklich eine Wahlfreiheit.

Überhaupt ist das systematisch ein ganz neuer Ansatz: Man bekommt eine Auszahlung, wenn man ein staatliches Angebot NICHT in Anspruch nimmt. Man stelle sich vor man bekäme Geld, wenn man die Stadtbibliothek nicht nutzt oder eine Prämie für die Nichtnutzung des öffentlichen Schwimmbades oder vielleicht, wenn man auf das Abitur verzichtet – gibt es dann künftig auch Geld?

Diese Vorschläge mache ich mal lieber nicht öffentlich, sonst kommen da manche noch auf Ideen ...

Gerechte Steuern?

"Wir wollen insbesondere für Geringverdiener die Steuern senken." So ähnlich hieß es landauf, landab aus den Reihen der schwarz-gelben Koalition. Und der Bund der Steuerzahler hat dann gleich in der B.Z. - beide wahrlich keine linken Kampforgane - deutlich gemacht, wer in welcher Höhe wohl von den Koalitionsbeschlüssen profitiert. Das Ergebnis ist eindeutig: Es profitieren die hohen Einkommen! Laut Steuerzahlerbund liegt die Entlastung bei Steuern und Abgaben in der Steuerklasse I bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 9.000 Euro im Jahr 2014 bei 63 Euro jährlich. Wer 56.000 Euro zu versteuern hat, muss jedoch 364 Euro weniger Steuern zahlen. Bei Pflege- und Rentenversicherung ein ganz ähnliches Bild: Bei 9.000 Euro Brutto 9 Euro Entlastung, bei 66.000 Euro aber 76,50 Euro. Gerechtigkeit wie Schwarz-Gelb sie versteht!

